Nummer 27 **Freitag, 1. Februar 1918** 142. Jahrgang

Darmstädter Zeitung

Die Darmstädter Zeitung erscheint täglich (außer Sonn- und Feiertags) und kostet in Darmstadt vierteljährlich, an der Geschäftsstelle abgeholt M. 3—; mit Bringerlohn M. 3.60, bei den Postanstalten vierteljährlich M. 3.50, monatlich M. 1.17, ohne Bestellgebühr. Verantwortung für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen wird nicht übernommen. — Bankkonto: Bank für Handel und Industrie. Schriftleitung: Wilhelminenstr. 3, Erdgeschoß. Fernspr. 2596

Anzeigen-Preis: Der Raum der 6gespaltenen Kleindruckzeile 25 Pfg., der 3gespaltenen Kleindruckzeile 60 Pfg., für Anzeigen hiesiger Geschäfte 15 Pfg. für die 6gespaltene, 35 Pfg. für die 3gespaltene Kleindruckzeile. Familien-Anzeigen erhalten Preisermäßigung. Bei Konkurs oder gerichtlicher Beitreibung fällt jede Ermäßigung weg. — Geschäftsstelle (Annahme für Anzeigen): Rheinstraße 15. Geschäftsstunden 8—1 u. 2—6 Uhr. Fernspr. 80

Oberleitung: Hofrat Dr. Klaus Buschmann

Verlag: Großherzoglicher Staatsverlag

Anzeigenschluß vormittags 11 Uhr. — Der Nachdruck und die Weiterverbreitung unserer Aufsätze und Eigenmeldungen sind nur mit deutlicher Quellenangabe »Darmst. Ztg.« gestattet

Luftangriff auf Paris

**Die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk — Finnlands Gegenwehr — Vom russisch-rumänischen Bruderkrieg
Neue italienische Angriffe gescheitert — Zwei englische Unterseeboote versenkt — Englisch-französische Vorbereitungen an der Front — Neue U-Bootopfer — Der Regierungskurs in Oesterreich-Ungarn — Englische Friedenswünsche
Arbeiterkrawalle in Moabit — Kleine Mitteilungen**

Brest-Litowsk

Wiederzusammentritt der Delegationen

W.B. **Brest-Litowsk**, 30. Jan. Heute vormittag fand unter dem Vorsitz Seiner Hoheit des Großwesirs **Talaat Pascha** eine Plenarsitzung statt, die von dem Vorsitzenden mit einer Begrüßung der erschienenen Delegationen eröffnet wurde. In einleitenden Worten wies Talaat Pascha darauf hin, daß seit dem Eintritt der letzten Pause gewisse Veränderungen in der Zusammensetzung der einzelnen Delegationen eingetreten seien, weshalb er die Vorsitzenden der einzelnen Delegationen, bei denen solche Veränderungen stattgefunden haben, bitte, hiervon der Plenarversammlung Mitteilung zu machen. Hierauf teilte **Staatssekretär v. Kühlmann** mit, daß die Kgl. Bayerische Staatsregierung, von einem ihr vertragsmäßig zustehenden Rechte Gebrauch machend, im Einverständnis mit Seiner Majestät dem Kaiser und dem Reichskanzler den Königlich Bayerischen Staatsminister Grafen Podewils-Dürnitz als ihren Vertreter zu den Verhandlungen nach Brest-Litowsk entsandt habe, so daß Staatsminister Graf Podewils von nun an als Mitglied der deutschen Delegation an den Verhandlungen teilnehmen werde.

Herr Trotzkij gab darauf die Erklärung ab, daß in der Zusammensetzung der russischen Delegation zwei Veränderungen vorgenommen worden seien. Eine Aenderung sei rein persönlicher Natur, indem an den weiteren Verhandlungen auch der Volkskommissar für Staatslegenheiten, Herr Karelin, teilnehmen werde. Die andere Veränderung trage einen staatsrechtlichen und politischen Charakter und betreffe die Einreihung von zwei Mitgliedern der ukrainischen Volksrepublik in die russische Delegation, wovon bereits schriftlich Mitteilung gemacht worden sei. Die Regierung der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten der ukrainischen Volksrepublik habe drei Mitglieder zur Teilnahme an den Friedensverhandlungen entsandt, von denen das eine Mitglied, Volkskommissar und Volksstaatssekretär Herr Satowskij, in Petersburg zurückgeblieben und in die Regierung des Rates der Volkskommissare eingetreten sei. Die beiden anderen, und zwar der neue Vorsitzende des Exekutivausschusses, Herr Medwjedew, und Volksstaatssekretär für militärische Angelegenheiten Schachray, befanden sich in Brest-Litowsk, und zwar innerhalb des Verbandes der russischen Delegation. Diese Tatsache, die von größter Bedeutung für den weiteren Gang der Verhandlungen sei, spiegele die Lage wider, wie sie sich in der Ukraine als Ergebnis der jüngsten Ereignisse entwickelt habe. Da die Gegenparteien ein Interesse daran hätten, genau über

die Zustände in der Ukraine

unterrichtet zu sein, so halte er es für notwendig, eine kurze Erläuterung zu geben. Die ukrainischen Räte der Soldaten-, Bauern- und Arbeiterdelegierten führten in der ganzen Ukraine einen entschiedenen Kampf gegen die Kiewer Rada, bei dem in vielen Teilen der Ukraine die Partei der Räte siegte, die in vollständiger Uebereinstimmung mit dem Petersburger Rat der Volkskommissare auftrete. Das ganze Kohlenbecken des Donez-Reviers, das ganze Bergwerksgebiet Jekaterinoslaws und des Gouvernements Charkow und Poltawa seien in der Gewalt der ukrainischen Sowjets. In anderen Teilen der Ukraine wachse die Macht der Sowjets und gehe der Einfluß der Kiewer Rada ständig zurück. Am Tage der Abreise Trotzkijs aus Petersburg sei auf direktem Drahte aus Kiew gemeldet worden, daß das Kiewer Generalsekretariat zurückgetreten sei. Welche Lösung die Krise in der Kiewer Regierung gefunden und welchen Einfluß sie auf die Delegation des Herrn Holubowitz ausüben werde, sei noch nicht bekannt, doch gehe aus dem Dargelegten jedenfalls hervor daß ein mit der Delegation des Kiewer Sekretariats geschlossener Friede unter den augenblicklichen Verhältnissen keinesfalls bereits als ein Frieden mit der ukrainischen Republik angesehen werden könne. In seiner Rede im Hauptausschusse des Reichstages habe es Staatssekretär von Kühlmann so dargestellt, als ob die russische Delegation die ukrainische so lange anerkannt habe, wie sie annehmen konnte, letztere würde die Rolle einer Hilfstruppe spielen. Jetzt aber, wo die russische Delegation ihren Fehler eingesehen habe, verweigere sie ihre Anerkennung. Dies sei eine zu subjektive Darstellung des Vorganges. Schon in der ersten Sitzung, in der die Frage der ukrainischen Delegation angeschnitten worden sei, habe er erklärt, daß der Prozeß des Selbstbestimmungsrechtes der Ukraine noch im Werden begriffen sei. Jetzt, wo in Petersburg der allrussische Kongreß der Räte der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndelegierten tage, auf dem auch die ukrainischen Sowjets vertreten seien, und wo einmütige die föderative Grundlage für die russische Republik geschaffen würde, entspreche die Aufnahme von Vertretern des ukrainischen Volkssekretariats in die hiesige Delegation durchaus den Zuständen, die in der russischen Republik herrschten. Wenn in der Delegation Herr Holubowitz nach wie vor ein Mandat des Kiewer Sekretariats habe, so erhebe seine Delegation keinen Einspruch gegen dessen fernere Teilnahme an den Friedensverhandlungen. Jedenfalls aber könnten nur solche mit der Ukraine getroffenen Abkommen anerkannt werden, welche durch die Regierung der föderativen Republik Rußland ihre formelle Bestätigung fänden.

Hierauf gab der in Brest-Litowsk zurückgebliebene Vertreter der ukrainischen Volksrepublik, Herr **Lewytzkyj** folgende Erklärung ab: Vor der Abreise unserer Vertreter wurde unter den Mitgliedern der Delegation verabredet, daß bis zum Wiedereintreffen der ganzen Abordnung einzelne hier zurückgebliebene Mitglieder in politischen Fragen nicht auftreten sollten. Daher bleibt die Stellungnahme unserer Delegation zu den hier abgegebenen Erklärungen des Vertreters des Rates der Volkskommissare, sowie zu der Frage der Zuziehung von Vertretern der Stadt Charkow zur russischen Delegation bis zum Wiedereintreffen unserer Abordnung vorbehalten.

Staatssekretär von Kühlmann erklärte, daß er im Namen der Verbündeten befürworte, die Erörterung über die Darlegungen des Herrn Trotzkij bis nach dem Eintreffen der Delegation der Kiewer Rada aufzuschieben. Er legte Wert darauf, festzustellen, daß der Vorsitzende der russischen Delegation seinerzeit mit keinem Worte angedeutet habe, daß neben der Abordnung des Herrn Holubowitz noch eine andere körperschaft vorhanden sei, welche Anspruch erhebe, namens der Ukraine zu sprechen. Die Lage scheine ihm kurz die zu sein, daß das Bestehen der ukrainischen Volksrepublik von seiner Seite in Frage gestellt sei, daß aber zwei konkurrierende Körperschaften behaupteten, berechtigt zu sein, international die freie ukrainische Republik zu vertreten. Die verbündeten Delegationen würden diese wichtige Frage mit Gründlichkeit prüfen.

Trotzkij erwiderte, er habe seinerzeit tatsächlich nicht erwähnt, daß auf dem ukrainischen Gebiet neben der Rada noch eine zweite Körperschaft bestehe, welche den Anspruch erhebe, das ukrainische Volk zu vertreten. Es sei für die russische Delegation kein Anlaß gewesen, zu dieser Frage Stellung zu nehmen, solange die Räte der ukrainischen Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten noch nicht entschieden hätten, ob sie eigene Vertreter zu den Friedensverhandlungen entsenden wollten. Die Frage, welche der beiden Delegationen das Recht habe, endgültig über die Wünsche der ukrainischen Republik zu sprechen, werde noch dem Ergebnisse des Kampfes zwischen den beiden Organisationen zu entscheiden sein.

Der Minister des Aeußern **Graf Czernin** erklärte, sich der von Staatssekretär von Kühlmann ausgesprochenen Ansicht anzuschließen, daß die Erörterung der Stellung, welche die ukrainische Delegation bei den Friedensverhandlungen einzunehmen habe, bis zum Eintreffen der Kiewer Delegation aufzuschieben sei. Da er jedoch es für bedauerlich halten würde, die Zeit unnütz verstreichen zu lassen, so möchte er anregen, daß inzwischen die

Kommission für territoriale Fragen

ihre Arbeiten wieder aufnehme. Diesem vom Grafen Czernin ausgesprochenen Wunsche schloß sich Trotzkij an. Er erklärte, es sei nur noch notwendig, auf eine Angelegenheit zurückzukommen, welche bei Beginn der letzten Verhandlungsperiode eine Rolle gespielt habe. Damals sei angeblich ein von der Petersburger Telegraphenagentur ausgegebenes Telegramm über eine in der ersten Sitzungsperiode abgegebene Erklärung Joffes zur Sprache gebracht worden und darauf hingewiesen worden, daß diese Depesche den Sachverhalt in wahrheitswidriger Weise darstelle. Er, Trotzkij, habe darauf erklärt, daß der deutsche und der österreichisch-ungarische amtliche Bericht über fragliche Erklärung Joffes richtig gewesen seien, während der angebliche Bericht der Petersburger Telegraphenagentur nicht den Tatsachen entspreche. In dieser Sache habe er jetzt in Petersburg eine Untersuchung vornehmen lassen, in der festgestellt wurde, daß die Petersburger Telegraphenagentur ein solches Telegramm überhaupt nicht abgeschickt habe. Wie dieses Mißverständnis oder diese Fälschung entstanden sei, vermöge er nicht nachzuprüfen. Er überlasse es den daran interessierten Stellen, dies festzustellen.

Talaat Pascha schloß hierauf die Sitzung mit dem Vorschlage, die Kommissionsberatungen wieder aufzunehmen.

W.B. **Brest-Litowsk**, 31. Jan. Heute wurde unter dem Vorsitz des Ministers des Aeußern Grafen **Czernin** eine Sitzung der deutsch-österreichisch-ungarisch-russischen Kommission zur Regelung der politischen und territorialen Fragen abgehalten. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Herr **Trotzkij** eine Erklärung ab, in der er darauf hinwies, daß die heute in seine Hände gelangten deutschen Blätter ein angeblich von der Petersburger Telegraphen-Agentur flammendes Telegramm enthielten, das, wenn ihm Glauben geschenkt werde, auf den Gang der Verhandlungen in schlimmster Weise einwirken könne. Darin werde der Schlußpassus einer Rede aufgeführt, die er vor dem dritten Kongreß der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten in Petersburg gehalten habe. Er habe tatsächlich dort einen Bericht über den Gang der Friedens-Verhandlungen in Brest-Litowsk erstattet und habe seinen persönlichen Standpunkt und den Standpunkt der Delegation und seiner Regierung zum Ausdruck gebracht. Nach dem Telegramm hätte er angeblich gesagt, die russische Delegation würde keinen **Sonderfrieden** abschließen. Diese Nachricht sei erfunden und stelle genau das Gegenteil von dem dar, was er gesagt habe.

Die **Vorsitzenden** der österreichisch-ungarischen und der deutschen Delegation erklärten, sie würden den Ursprung der fraglichen Meldung feststellen lassen, worauf in die Tagesordnung eingetreten wurde.

Graf Czernin wies darauf hin, daß die Kommission bisher

die Frage der Gebiete

besprochen habe, die von den reichsdeutschen Truppen besetzt seien. Er schlage vor, nunmehr zu versuchen, eine gewisse Klarheit über das Gebiet zu schaffen, das von österreichisch-ungarischen Truppen besetzt sei. Vor Eintritt in die Einzelheit dieser Frage möchte er bemerken, daß die Herren der ukrainischen Delegation auf dem Standpunkt ständen, sie hätten allein und selbständig über diese Fragen zu verhandeln und zu beschließen. Er bitte daher den Präsidenten der russischen Delegation, seinen Standpunkt in der Zuständigkeitsfrage darzulegen.

Herr **Trotzkij** erwiderte, er erhebe im Namen seiner Delegation und der russischen Regierung mit allem Nachdruck Einspruch dagegen, daß sich die Delegation der Kiewer Rada auf den Standpunkt stelle, sie könne territoriale Fragen einseitig und selbständig lösen. Seine Auffassung werde heute noch mehr unterstützt durch die Teilnahme von zwei Vertretern des Exekutivausschusses der ukrainischen Republik im Verbande der russischen Delegation. Dies sei die formale Seite der Frage. Was die materielle Seite betreffe, so sei er der Ansicht, auf Grund verschiedener Nachrichten, insbesondere auf Grund eines Telegramms, das er eben erhalten habe, daß die Frage einer Teilnahme der Delegation der Kiewer Rada an den Brester Verhandlungen mehr als eine Frage der Vergangenheit anzusehen sei, denn als eine Frage der Gegenwart und Zukunft.

Der Minister des Aeußern **Graf Czernin** führte hierauf aus: „Ich glaube, daß in diesen Anschauungen zwischen den Herren der ukrainischen und der Petersburger Delegation ein entschiedener Widerspruch besteht. Die Herren der russischen Delegation werden mir gewiß recht geben, wenn ich sage, daß es notwendig ist, diese Frage klarzustellen. Ich würde daher vorschlagen, daß wir baldmöglichst eine Vollsitzung abhalten, wo diese in erster Linie zwischen den Regierungen von Petersburg und Kiew zur entscheidenden Frage vereinigt wird. Ich möchte nun zu meiner Aufklärung um eine Mitteilung bitten. Wenn, wie ich mich erinnere, in den ersten Sitzungen die Frage der territorialen Kompetenzabgrenzung zwischen Petersburg und Kiew besprochen worden ist, so habe ich das so aufgefaßt, daß es sich um die Grenze handle, die die Ukraine und das von Petersburg aus verwaltete Rußland trennen würde; ich hatte aber nicht verstanden, daß die Grenzen der Ukraine gegenüber Polen der Gegenstand besonderer Beratungen mit Petersburg sein müßten. Die Frage, die ich mir zu stellen erlaube, geht also dahin, ob der Standpunkt des Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation sich dahin zusammenfassen läßt, daß die Ukraine über Angelegenheiten des selbständigen ukrainischen Staates, insbesondere über diesen Grenzen, überhaupt nicht allein entscheiden kann."

Herr **Trotzkij** entgegnete, es sei selbstverständlich, daß, wenn die Ukraine als vollständig freie und von Rußland unabhängige Republik bestünde und weiter bestehen würde, sie nach der erfolgten Abgrenzung alle Fragen ihres staatlichen Seins, also auch territoriale Fragen, selbständig würde lösen können, aber diejenige ukrainische Regierung, die im Verbande der russischen Delegation vertreten sei, stehe auf dem Standpunkt, daß die Ukraine einen Teil der föderativen Republik Rußland bilde, und deshalb sei es notwendig, daß diese Entscheidung erfolge auf der augenblicklichen tatsächlichen Grundlage, ausgehend von dem Beschluß, die russische Republik föderativ auszubauen.

*

W.B. **Sofia**, 31. Jan. (Bulgarische Telegraphen-Agentur.) Ministerpräsident Radoslawow reiste gestern nach Brest-Litowsk ab, um in seiner Eigenschaft als Führer der bulgarischen Abordnung an den Friedensverhandlungen teilzunehmen.

e. **Paris**, 31. Jan. Havas meldet von der finnischen Grenze: Finnland wird eine Delegation von fünf Mitgliedern zur Teilnahme an den Friedensverhandlungen nach Brest-Litowsk senden. Diese Delegation besteht aus drei Bürgerlichen und zwei Sozialisten.

TECHNISCHE UNIVERSITÄT DARMSTADT
http://tudigit.ulb.tu-darmstadt.de/show/Za-90-1918/0129
Universitäts- und Landesbibliothek Darmstadt